

Ein Hotel wird zum Wohnhaus

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **17 (1942)**

Heft 10

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101458>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Stadt Zürich zu erstellenden Wohnungen zu verzichten. In Zukunft ist es deshalb möglich, die Stadt Zürich im Rahmen des dem Kanton Zürich zur Verfügung stehenden Zementkontingentes zu bedienen. Somit wurde dem von den zürcherischen Behörden in Bern geäußerten Wunsche um bessere Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt in allen Teilen Rechnung getragen.» Dabei stimmt allerdings die letztere Feststellung keineswegs. Denn der Wunsch der Zürcher Stadtverwaltung ging nicht nur in der Richtung auf eine genügende, sondern auch auf eine rasche Zuteilung von Zement. Dadurch, daß diese Zuteilung ungewöhnlich lange verzögert wurde, gerät der Zürcher Wohnungsmarkt in eine heikle Lage, die sich kaum wieder so rasch wird verbessern lassen.

Das ist um so unerfreulicher, als man gegenwärtig allüberall von «Planung» schreibt und redet. Die Eidgenössische Zentralstelle gibt für Arbeitsbeschaffung Broschüren heraus über «Das Bauen in der Kriegszeit». Der Bund subventioniert eine Kommission für Landesplanung mit erfreulichen Beträgen. In zahlreichen städtischen und kantonalen, ja selbst im eidgenössischen Parlament wird über die Maßnahme für den Wohnungsbau interpelliert und es werden planmäßige Vorkehrungen zur Vermeidung einer Wohnungsnot, wie sie die letzte Nachkriegszeit mit sich brachte, von seiten anerkannter Fachleute und Praktiker gefordert. Der Bundesrat selbst gibt die Notwendigkeit solcher Maßnahmen zu, indem er einen, freilich zum Teil recht bescheiden anmutenden Beschluß zur Bekämpfung der Wohnungsnot gefaßt und durch das Volkswirtschaftsdepartement eine erste Verfügung dazu hat veröffentlichen lassen. Und doch bleibt ein Zögern und eine Zurückhaltung bestehen, die man schließlich nicht mehr verstehen kann.

Sollte wirklich die *Angst vor der «wachsenden Stadt»* wieder einmal so stark umgehen, daß man nicht unabsichtlich gewisse Verzögerungen begrüßt und leise noch verstärkt? Sollte wirklich der Ruf nach dem Siedlungsbau, der wieder einmal — zum wievielten Male? — ertönt, bedeuten, daß man den bitter notwendigen Wohnungsbau in der Stadt hintanhaltend will? Wir wollen das vorerst nicht glauben. Denn, ganz abgesehen von der Notwendigkeit oder Wünschbarkeit eines kommenden Siedlungsbaues: was wir jetzt, möglichst rasch und un-

gehindert brauchen, das ist der Bau von genügend Wohnungen in den von der Wohnungsnot betroffenen Städten und größeren Ortschaften. Noch ist der Siedlungsbau nicht studiert, weder nach der architektonischen noch nach der finanziellen noch nach der verkehrstechnischen Seite hin. Inzwischen aber beginnt die Wohnungsnot bedrohliche Formen anzunehmen! Und es muß gebaut werden.

Es muß gebaut werden nicht nur in den Städten, sondern *auch auf dem Lande* in den größeren Ortschaften. Das zeigt mit aller Deutlichkeit die Veröffentlichung des kantonal-zürcherischen Statistischen Amtes, die nachweist, daß gegenüber dem Halbjahresmittel 1931 bis 1935 in 40 Gemeinden des Kantons Zürich im ersten Halbjahre 1941 auf Kantonsgebiet nur noch 30 Prozent Wohnungen gebaut wurden, im zweiten Halbjahre 1941 45 Prozent und im ersten Halbjahre 1942 erst 56 Prozent. Auch diese Zahlen stellen sich noch zu günstig dar, wenn weiter nachgewiesen wird, daß von allen neu erstellten Wohnungen im ersten Halbjahre 1942 nur 48 Prozent Drei- und Vierzimmerwohnungen, sonst aber fast ausschließlich Ein- und Zweizimmerwohnungen sich befanden. In 66 Gemeinden mit 43 900 Einwohnern stand bereits am 1. Dezember 1941 überhaupt keine einzige Wohnung mehr leer!

Der Schluß liegt auf der Hand: Es müssen, schöne Theorien hin oder her, *Wohnungen gebaut* werden! Und zwar Wohnungen mit tragbaren Mieten und Wohnungen, die auf alle Fälle von allem Anfang an und nicht erst mit späterem Ausbau ein hygienisch einwandfreies Wohnen gestatten.

Der «Schweizerische Verband für Wohnungswesen» hat schon im Sommer 1941 durch Herausgabe eines *Aktionsprogrammes* auf diese Notwendigkeit mit aller wünschbaren Deutlichkeit hingewiesen. Das Aktionsprogramm ist zahlreichen eidgenössischen, kantonalen und städtischen Behörden unterbreitet worden. Der Mahnruf ist also von seiten der an der Wohnungsfrage aus sachlichen und volkswirtschaftlichen Gründen interessierten Kreise ergangen. Er ist bis heute nur schwach gehört worden. Es ist Zeit, daß man recht bald einen tüchtigen Schritt vorwärts macht in der Richtung für *genügenden und zweckmäßigen Wohnungsbau und eine wirkungsvolle Planung auf dem Wohnungsmarkt.*

Ein Hotel wird zum Wohnhaus

Durch das Stocken der privaten Wohnbautätigkeit ist in Luzern ein größerer Mangel an Kleinwohnungen entstanden. Die allzu teuren Baupreise haben die Stadtbehörde davon abgehalten, selbst Wohnbauten zu errichten. Auf den Umzugstermin vom 15. September wurden deshalb von der Stadt vom Hotel «Röbli» alle verfügbaren Fremdenzimmer auf eine Dauer von fünf Jahren zu einem festen Mietzins gemietet. Aus diesen Hotelzimmern wurden nun 28 Wohnungen eingerichtet. So konnten provisorisch 12 Drei- und 16 Zweizimmerwohnungen gewonnen werden. Da das Hotel später seinem Zwecke wieder zurückgegeben werden soll, mußte

vom Einbau von Küchen, da zu kostspielig, Umgang genommen werden. Nachdem die Mieter keine Möglichkeit haben, im Hause selbst zu kochen, griff man zum System eines Halb-Garni-Hauses. Den Mietern werden nun zum Ausnahmepreis von Fr. 1.50 je Tag und Kopf aus der Küche der städtischen Suppenanstalt täglich drei einfachere, in den Portionen gut bemessene, Mahlzeiten geliefert. Die Mietzinse betragen je nach Größe und Ausstattung der Zimmer 15—35 Fr. per Monat. Der Umstand, daß über ein Drittel dieser provisorischen Wohnungen bereits bewohnt ist, läßt erwarten, daß auch die verbliebene Reserve bald beansprucht werden wird.

Gegen die Bodenspekulation

Im Zürcher Gemeinderat hat Dr. Emil Walter am 9. September 1942 folgende Interpellation eingereicht: «Ist dem Stadtrat bekannt, daß der *spekulative Wohnungsbau* zu einer *ungesunden Übertreibung der Klein- und Kleinstwohnungen* und zu einer Vernachlässigung der Befriedigung des Wohn-

bedürfnisses minderbemittelter und *kinderreicher Familien* geführt hat? Ist der Stadtrat bereit, zweckmäßige Maßnahmen zu ergreifen, um den sozial notwendigen Wohnbedarf minderbemittelter kinderreicher Familien sicherzustellen?»

STUDIENZIRKEL

Baugenossenschaften und Studienzirkel

Wenn man sich ernsthaft mit Genossenschaftsfragen, insbesondere mit der Verbreitung der Genossenschaftsidee und mit deren praktischer Verwirklichung beschäftigt, so muß man immer wieder zur Erkenntnis kommen, daß hier noch unendlich viel Arbeit zu leisten ist. Auch jedes Mitglied einer Baugenossenschaft, dem diese Mitgliedschaft mehr bedeutet als nur die Befriedigung seines eigenen Wohnbedürfnisses, muß aus den täglichen Erfahrungen ersehen, daß vom Mitglied zum Genossenschaftler eigentlich noch ein weiter Weg ist.

Von der Schweiz wird behauptet, daß sie das an genossenschaftlichen Organisationen reichste Land sei. Es ist vor einigen Jahren, wohl nicht mit Unrecht, die Idee der Genossenschaft als schweizerische Staatsidee bezeichnet worden. Nicht Blut und Boden oder eine rassistisch imperiale Idee, sondern der Gedanke der gegenseitigen Hilfe ist also die Staatsidee, ist der Mittelpunkt unseres staatlichen Seins. Es ist auch schon aus berufenem Munde erklärt worden, daß ohne die Demokratie die Schweiz ihre Existenz inmitten des heutigen Europa nicht wahren könnte. Aber ebenso richtig ist: ohne die Existenz der vielen genossenschaftlichen Organisationen wäre die demokratische Idee nicht so stark verankert im Schweizervolk und hätte sich auch nicht so gut behaupten können gegenüber den Propagandastürmen der autoritären Staatsideen der letzten Jahre.

Es waren harte Kämpfe, die in den vergangenen Jahren für die demokratischen Ideale ausgefochten werden mußten. Sie waren insbesondere darum so hart, weil leider nicht unbedeutende Teile des Schweizervolkes sich ihrer demokratischen Überzeugung nicht mehr so ganz sicher fühlten. Und diese Unsicherheit ist wohl nicht zuletzt dadurch entstanden, daß man immer wieder von gewisser Seite erklärte, die Demokratie eigne sich wohl für den sogenannten politischen Sektor, in der Wirtschaft aber sei sie unpraktisch und auch nicht durchführbar. Und doch ist unsere Eidgenossenschaft in ihren Anfängen ein Produkt demokratischer Wirtschaftsorganisation, der sogenannten Markgenossenschaft.

Der Hinweis auf die Kämpfe der letzten Jahre um die Behauptung des demokratischen Gedankens mag zeigen, daß die Idee der Genossenschaft noch nicht in genügendem Maße in der schweizerischen Bevölkerung, und hier ganz besonders in Teilen der jüngeren Generation, verankert ist. Damit ist gleichzeitig aber auch eine wichtige Aufgabe angezeigt. Dieser Aufgabe, der genossenschaftlichen Bildung, der geistigen Durchdringung der Bevölkerung mit den ursprünglichen Genossenschaftsideen, haben sich nun seit einer Reihe von Jahren die in der Schweiz bestehenden genossenschaftlichen Studienzirkel mit Eifer angenommen, und das, trotz allen

Mißdeutungen und pessimistischen Voraussagen, mit nicht geringem Erfolg. Diese genossenschaftlichen Studienzirkel sind heute nicht mehr ausschließlich eine Sache der Konsumgenossenschaftsbewegung, auch bei den Baugenossenschaften finden sie nach und nach Eingang. So ist in Zürich zum Beispiel, wie wir nachstehend kurz berichten wollen, im vergangenen Winter erfreulicherweise ein erfolversprechender Anfang gemacht worden, der im kommenden Winter 1942/43 nicht nur fortgeführt, sondern wenn irgend möglich bedeutend erweitert werden soll.

In Zürich war in früheren Jahren schon ein Versuch gemacht worden, den Studienzirkeln Eingang zu verschaffen. Der erste Start ist dann leider nicht ganz geglückt, es gab wieder einen Unterbruch, bis im Herbst 1941 die Sache neu an die Hand genommen wurde. Diesmal wurden neben dem Lebensmittelverein Zürich auch einzelne Baugenossenschaften, wie die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich und die Familienheimgenossenschaft Zürich, mit in die Propaganda einbezogen. Eine wesentliche Änderung gegenüber früher bestand darin, daß die Zirkel von Anfang an dezentralisiert wurden, und zwar ergab sich das durch die meist periphere Lage der baugenossenschaftlichen Wohnkolonien. Ein Teil der Zirkel konnte so in sogenannten Kolonielokalen solcher Wohnkolonien durchgeführt werden.

Der neue Start hat dann gleich zu zehn Zirkeln geführt mit einer mittleren Besucherzahl von 122 Teilnehmern. Abgesehen von Aktivdienstabsenzen, mit denen in der heutigen Zeit zu rechnen ist, war der Besuch in allen Zirkeln ein ziemlich regelmäßiger an allen rund 100 Zirkelabenden. Etwas ganz Erfreuliches war die in manchen Zirkeln vorhandene sehr rege Mitarbeit und Diskussionsfreudigkeit der Teilnehmer. Manch einer hat sich durch die Schaffensfreudigkeit, die sich in kleinem Kreise äußerte, zum erstenmal daran gesetzt, Einleitungsreferate oder auch ein gründliches Diskussionsvotum vorzubereiten und sich damit mit einer wichtigen Frage gründlich auseinanderzusetzen. Das ist ja gerade der so wertvolle Zweck der Zirkelarbeit, daß man nicht nur Hörer, sondern eben Mitarbeiter ist. Für die Leiter der Zirkel bedeutet die Durchführung ein großes Maß Arbeit, denn ohne gründliche Vorbereitungsarbeit des Leiters, auch wenn er so wenig als möglich selbst referiert, ist eine erfolgreiche Durchführung eines Zirkels nicht gut denkbar. Es hat Zirkel gegeben, die im Frühjahr nur mit Widerstreben ihre regelmäßige Tätigkeit bis zum nächsten Winter eingestellt haben, so erfreulich war die freundschaftliche Zusammenarbeit gestaltet. Gewissermaßen als Abschluß der kursorischen Tätigkeit ist im Mai auf dem Ütliberg noch eine gemütliche Ge-